

p.B.41.21.S.L.O - AM  
p.B.41.21.09

Bern, 29. Juni 1992

## Informelle Konsultationen über Asyl-, Flüchtlings- und Migrationspolitik in Europa, Nordamerika und Australien

### ARBEITSTREFFEN DER TEILNEHMERSTAATEN DER INFORMELLEN KONSULTA- KONSULTATIONEN UEBER SRI LANKA, GENÈVE, 23. JUNI 1992

---

#### 1. Allgemeines

Das Treffen der Teilnehmerstaaten der Informellen Konsultationen in Genf wurde von Herrn Peter Arbenz, Direktor BFF, geleitet. Es stand im Rahmen des Vorgehens auf gemeinsamer Ebene in bestimmten Herkunftsländern (Country Consortium Approach, CAA). Neben Sri Lanka sind zu Beginn des Jahres 1992 Rumänien, Albanien, Ghana und die GUS als weitere Bestimmungsländer für ein Vorgehen auf gemeinsamer Ebene ausgewählt worden. Der CAA zielt auf ein langfristiges Vorgehen der relevanten multilateralen Organisationen zur Bekämpfung der Migrationsgründe ab. Kurzfristig stehen koordinierte Hilfsmassnahmen im Vordergrund. Der politische Dialog mit allen Herkunftsländern soll gefördert und, wenn immer möglich, verstärkt werden. Die Vollversammlung der Teilnehmerstaaten der Informellen Konsultationen wird anlässlich ihres Treffens in Toronto vom 29./30. Juni die Möglichkeiten eines verstärkten gemeinsamen Vorgehens in den Herkunftsländern ausgiebig erörtern.

Neben Herrn Arbenz waren vom BFF Frau Esther Sidler und Herr Marcel Zuckschwerdt, vom EDA die Herren Peter Fuhrmann und Markus Antonietti in Genf anwesend.

#### 2. Sitzungsprogramm

- Beurteilung der gegenwärtigen Lage in Sri Lanka
- Entwicklungen betreffend tamilische Asylbewerber
- Optionen im Hinblick auf allfällige Rückschaffungen

#### 3. Beurteilung der gegenwärtigen Lage in Sri Lanka

Schwerpunkt des Treffens waren die Ausführungen des UNHCR zur Repatriierungsproblematik. Die freiwillige Rückführung von Tamilen aus Tamil Nadu nach Sri Lanka sah zwischen Ende Januar und Mai



die Heimkehr von 23.126 Personen. Laut UNHCR sei die Aktion generell "smoothly" abgelaufen und nur vereinzelt seien Fälle von kurzfristigen Verhaftungen von Heimkehrern registriert worden. Der Grossteil der Rückkehrer, fast die Hälfte, stamme aus der Region um Mannar, was Probleme aufwerfe, da die Kontrolle dieser Provinz umstritten sei. (Beilage 1, Karte Sri Lanka; die von den Tamilen beanspruchten Gebiete sind grau markiert) Die Rückkehrer nach Trincomalee und Vavunya, rund 40 Prozent, seien verhältnismässig gut integriert worden. Der Entscheid der sri lankischen Regierung vom 15. April, dass auch eine Rückkehr in von der Regierung nicht kontrollierte Gebiete möglich sei, habe zur Heimkehr von 2.500 Tamilen in die Provinz Jaffna und Mullaitivu geführt. Das UNHCR ist weiterhin besorgt über das Schicksal der 3.500 Tamilen, welche in einem Lager auf Mannar Island ihrem Schicksal harren.

Eine positive Entwicklung bahne sich bei den Kontakten zu Indien an. Das UNHCR sprach von einem "Durchbruch" im Sinne, dass Delhi dem UNHCR eine Kontrolle der Freiwilligkeit der Rückkehr zugestehen werde. Dies würde dem UNHCR erlauben, die Flüchtlinge bei der Repatriierung in Sri Lanka zu unterstützen.

Auf dem Felde scheine die Taktik der Armee "to win the hearts and the minds of the people" Früchte zu tragen. Gemäss dem UNHCR sei die Zahl der willkürlichen Verhaftungen und Verschleppungen zurückgegangen. Generell könne die Lage in vier Kategorien aufgeteilt werden:

- a) vom Bürgerkrieg nicht betroffene Regionen
- b) Regionen unter Regierungskontrolle
- c) umkämpfte Regionen unter teilweiser Regierungskontrolle
- d) Regionen unter Kontrolle der LTTE

Die Rückkehraktion aus Indien wurde vom UNHCR insofern vorsichtig beurteilt, als dass die Gefahr bestehe, dass die unsichere Lage im Nordosten ohne entsprechende Möglichkeiten zur Reintegration eine erneute Flucht nach Europa/Nordamerika bewirken könnte. Die fallweise Misshandlung der tamilischen Zivilbevölkerung durch paramilitärische Gruppen (TELO, PLOTE, muslimische Dorfmilizen) wirke dabei als Katalysator. Die Aussichten für eine baldige Lösung des Konfliktes schätzte das UNHCR als schlecht ein.

Eine Rückkehr abgewiesener Asylbewerber nach Sri Lanka sei auf Fall-zu-Fall-Basis vertretbar. Nach dem UNHCR könnten Tamilen aus Colombo und Tamilen aus dem Nordosten mit Verwandten in Colombo zurückgeschafft werden, "unless they have been subject of individually targetted detention and arrest". Pro memoria sei erwähnt, dass in Colombo zwischen 300.000 und 400.000 Tamilen leben und ein friedliches Nebeneinanderleben der ethnischen Gruppen in Sri Lanka möglich ist.

Zum Abschluss der umfassenden Ausführungen drückte das UNHCR seine Besorgnis über das Schlepperwesen via Colombo aus. Ein guter Teil der Vertriebenen in der Hauptstadt habe den Nordosten nicht aus Furcht vor dem Bürgerkrieg, sondern aus ökonomischen Gründen verlassen. Viele kämen "in order to obtain an so-called asylum kit", d.h. einen Pass und gefälschte Visa/Tickets für



Europa und Nordamerika. Es bestehe kein Zweifel, dass diese Tamilen durch ihr Verhalten den wirklichen Bürgerkriegsopfern schaden würden und darüberhinaus müssten häufig die zurückgelassenen Frauen zu hohen Zinsen das geliehene Geld für die Migration der Männer abarbeiten.

Durch Uebermittlung unserer Botschaft in Colombo erhielten wir einen Bericht des UNHCR über das "special programme of limited assistance to returnees in Sri Lanka". (Beilage 2) Angesichts der Kosten werden die Missionen in Genf wohl demnächst im Hinblick auf eine finanzielle Beteiligung angesprochen werden. Informell wurde die Zahl von 6,2 Millionen US-Dollars in Genf herumgeboten.

Die IOM bespricht derzeit mit den Behörden Sri Lankas die Eröffnung eines Büros in Colombo. Sie könnte bei der Rückschaffung von abgewiesenen Asylbewerbern aus Europa Dienste anarbeiten. Mit der Bundesrepublik besteht seit Juli 1989 ein derartiges Abkommen. Das IKRK wies auf die neuen Kampfhandlungen im Norden hin, wo die Armee in der Provinz Mullaitivu Tigerbasen angegriffen hat. Die politische Lage sei "volatile" und die Armee behindere mit ihrem schrittweisen Vorgehen die Arbeit des IKRK. Die Fortschritte im Bereich der Menschenrechte seien erkennbar.

#### 4. Entwicklungen betreffend tamilische Asylbewerber

Die Zahl der tamilischen Asylsuchenden in Europa und Nordamerika liegt bei rund 150.000 Menschen. Zwischen Januar und Mai 1992 sind nochmals 9.000 Asylgesuche in verschiedenen Staaten verzeichnet worden. (Beilage 3) Es zeigte sich, dass einige wenige Länder überdurchschnittlich starke Tamilenkolonien aufweisen, nämlich Kanada, die Schweiz, Deutschland und zum Teil Frankreich

Die Schweiz und die Bundesrepublik kennen mit 22.000 (17.000 in erster und 5.000 in zweiter Instanz), resp. 30.000 hängigen Gesuchen die grössten Pendenzenberge, aber auch in Grossbritannien sind mehr als 5.000 Asylgesuche von Staatsbürgern aus Sri Lanka hängig. Verschiedene Teilnehmer gehen einer Anerkennung von Tamilen als Flüchtlinge gemäss den Grundsätzen der Genfer Konvention durch eine vorläufige Aufnahme aus dem Wege. Australien, Kanada und Dänemark haben diesen Weg beschritten. Die generelle Frist der Duldung für den Aufenthalt in der Bundesrepublik läuft Ende Juli 1992 aus und müsste allenfalls verlängert werden.

Die meisten Länder sind bei Ausschaffungen sehr vorsichtig und verzichten teilweise vollständig (Kanada, Norwegen) auf diese Massnahme. Unbefriedigend wurde die Tatsache empfunden, dass ein langer Aufenthalt im jeweiligen Land zu einer humanitären Aufenthaltsregelung führt und ehemalige Asylbewerber aus Sri Lanka anschliessend zu Ferien- und Geschäftszwecken für längere Zeit wieder in ihre Heimat zurückkehren. Nicht selten wird dann ein Visumgesuch für Familienmitglieder gestellt. Die Vereinigten Staaten sind von Gesetzes wegen verpflichtet, den Status dieser "Rückkehrer auf Zeit" neu zu überprüfen.



## 5. Optionen im Hinblick auf allfällige Rückschaffungen

Als Leiter der Arbeitsgruppe Sri Lanka wies Herr Peter Arbenz darauf hin, dass nur eine **internationale Vermittlung** seiner Ansicht nach den Konflikt beenden könnte. Die LTTE wäre offensichtlich zu Verhandlungen bereit und die UNO sollte jetzt eine Vermittlungsaktion unternehmen. Als geeignete Person erschiene J. Eliasson, der Under-Secretary-General für humanitäre Hilfe. Das UNHCR hat Eliasson über Sri Lanka bereits in anderem Zusammenhang angesprochen und erklärte sich bereit, ihn auf Ideen zu allgemeinen Vermittlungsmöglichkeiten der Vereinten Nationen anzusprechen. Es war allerdings nicht übersehbar, dass verschiedene Staaten der Informellen Konsultationen im gegenwärtigen Zeitpunkt (von mehreren parallel laufenden und ebenso schwierigen wie teuren friedenserhaltenden Aktionen) zu Ideen einer zusätzlichen internationalen Vermittlung durch die UNO wenig beifügen wollten. Immerhin wird Dänemark überprüfen, ob Eliasson bei einer der kommenden Sitzungen der HLWG auf den Konflikt in Sri Lanka angesprochen werden sollte.

Im Hinblick auf die Zukunft bei Rückschaffungen regte Herr Peter Arbenz eine **Koordinierung der Rückkehrhilfe auf breiter Ebene** an. Es sei der Vollständigkeit halber hier noch ergänzt, dass unser schweizerisches Rückkehrhilfekzept nicht intern bereinigt und konsolidiert ist. Allfällige Massnahmen vor Ort, soweit es sich um Aktivitäten der Entwicklungszusammenarbeit und der humanitären Hilfe handelt, fallen auf jeden Fall in den Kompetenzbereich der DEH. Vor der Aufnahme allfälliger konkreter Diskussionen und weiterer Aktionen im Rahmen des CAA wird eine Abstimmung innerhalb der Bundesverwaltung notwendig sein.

KOORDINATOR FUER INTER-  
NATIONALE FLUECHTLINGSPOLITIK  
i.A.

*Antonietti Markus-Alexander*

(Markus-Alexander ANTONIETTI)





*bitte bespr*

EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT  
FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN  
DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES  
DIPARTIMENTO FEDERALE DEGLI AFFARI ESTERI

an	SHG INP FM		
Datum	29.6		
Visa	W. FDP 70%		770
EDA	29.06.92	15	
Ref.	0. 220. 80		

p.B.41.21.09.-AM/ROE  
p.B.41.21.S.L.0

Bern, 29. Juni 1992

Bitte dieses Zeichen in der Antwort wiederholen  
Prière de rappeler cette référence dans la réponse  
Pregasi rammentare questo riferimento nella risposta

Informelle Konsultationen über Asyl,- Flüchtlings- und Migrationspolitik in Europa,  
Nordamerika und Australien

ARBEITSTREFFEN DER TEILNEHMERSTAATEN DER INFORMELLEN  
KONSULTATIONEN UEBER SRI LANKA, GENF, 23. JUNI 1992

Verteiler

- EJPD**
- Herrn Bundesrat A. Koller
  - Generalsekretariat
  - Bundesamt für Ausländerfragen
  - Bundesamt für Flüchtlinge
  - Herrn B. Ehrenzeller, pers. Mitarbeiter des Departementschefs
- EVD**
- Bundesamt für Aussenwirtschaft, OECD-Dienst
  - Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit
- EDA**
- Generalsekretariat
  - Direktion für internationale Organisationen
  - Direktion für Völkerrecht
  - Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe
    - Abteilung für humanitäre Hilfe/SKH
  - Politische Abteilung II
  - Sekretariat des Staatssekretärs

Schweizerische Vertretungen

- |            |              |          |              |
|------------|--------------|----------|--------------|
| - Bonn     | - Den Haag   | - Oslo   | - Washington |
| - Brüssel  | - Kopenhagen | - Ottawa | - Wien       |
| - Canberra | - London     | - Paris  |              |
| - Colombo  | - New Delhi  | - Rom    |              |
- Ständige Mission der Schweiz bei den O.I., Genf
  - Mitglieder der Schweizer Delegation